



## Medienkonferenz

Sperrfrist: 28. August 2008, 11.00 Uhr

Anlass	Medienkonferenz zum Städtetag des Schweizerischen Städteverbandes
Thema	„Städte als Wirtschaftsmotoren stärken - dank verbindlicher Agglopolitik und genügendem Infrastrukturfonds!“
Datum, Zeit	28. August 2008, 10.00 Uhr
Ort	Lugano, Palazzo Civico
Referent	Renate Amstutz, Direktorin Schweizerischer Städteverband
	<b><i>Es gilt das gesprochene Wort</i></b>

Sehr geehrte Damen und Herren

Ein zentrales Thema erfolgreicher Agglomerationspolitik ist die Abstimmung von Siedlung und Verkehr. Mit dem Infrastrukturfonds hat der Bund denn auch eine wichtige Forderung des Städteverbandes erfüllt: Zur Bewältigung der Verkehrsprobleme in den Agglomerationen sollen endlich unter bestimmten Bedingungen Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden können. Zurzeit beurteilt der Bund die Agglomerationsprogramme, welche er verlangt hat. 30 Agglomerationsprogramme mit Finanzierungsbedarf im Zeitraum ab 2011 bis 2018 sind dem Bund aus der ganzen Schweiz eingereicht worden, 13 weitere sind angemeldet für die Zeit nach 2014.

Die Mittel aus dem **Infrastrukturfonds für den Agglomerationsverkehr** betragen insgesamt 6 Mrd Franken (Preisstand 2005, ohne MWSt). 2.5 Mrd werden bereitgestellt für die baureifen Projekte auf der Dringlichliste, 1 Mrd soll reserviert bleiben für die Phase nach 2018. Für die 8 Jahre von 2011 bis

2018 stehen somit 2.5 Mrd Franken an Bundesgeldern zur Verfügung.

Der Finanzbedarf beläuft sich in dieser Phase aber auf rund 17 Mrd Franken – also wären, je nach Beitragssatz des Bundes, der 30-50% der von ihm anerkannten Projekte mitfinanziert, maximal die Hälfte davon oder 8.5 Mrd Franken an Bundesmitteln notwendig.

Auch wenn man, wie es zurzeit geschieht, bei der Bewertung die Projekte sehr streng priorisiert, auch wenn der Bund allenfalls zu luxuriöse Projekte zurechtstutzt oder solche mit aus seiner Sicht zu geringem Nutzen, unverhältnismässigen Kosten oder zu geringer Reife zurückweist oder verschiebt, so bleibt doch ein ernüchterndes Faktum:

**Die Bundesmittel aus dem Infrastrukturfonds sind ungenügend. Der Fonds erfüllt seine Zielsetzung nicht, die gravierenden und rasch zunehmenden Probleme mit der wachsenden Mobilität in den Agglomerationen zu entschärfen.**

Dabei geht es um vitale Interessen unseres ganzen Landes. Städte und Agglomerationen sind die Wirtschafts- und Wachstumsmotoren der Schweiz. Sie können ihre Aufgabe im Interesse aller Regionen, auch der Berggebiete und peripheren Regionen, nur dann wahrnehmen, wenn ihre dringenden Verkehrsprobleme rasch angegangen werden und nicht erst und nur vielleicht in einer fernen Zukunft. Eine leistungsfähige Wirtschaft und Gesellschaft benötigen eine effiziente und umweltfreundliche Bewältigung des Verkehrs. So ist es auch im Gesetz über den Infrastrukturfonds formuliert. Deshalb haben sich die Agglomerationen denn auch unter grösstem Druck

und mit enormem Aufwand und Engagement an die Ausarbeitung der Agglomerationsprogramme gemacht. Und nun reicht der Infrastrukturfonds bei weitem nicht aus, um dem Bedarf und der gesetzlichen Zielsetzung zu entsprechen.

Verschärfend kommt hinzu, dass der Bund zurzeit an seiner **Aufgabenüberprüfung** arbeitet. Im Verkehrsbereich sind die Vorgaben hart: 2% Wachstum nominal pro Jahr. **Damit fehlen ab 2015 jährlich wiederkehrend über 1 Mrd Franken für Schiene und Strasse!** Das würde eine einschneidende Verzichtsplannung bedeuten, von der auch der Infrastrukturfonds betroffen wäre. Er muss aber eine Verstetigung der Investitionstätigkeit mit dem Bund als verlässlichem Partner ermöglichen. Nun besteht die Gefahr, dass auf dem Weg über die Budgetkürzungen aus der Aufgabenüberprüfung auch der Infrastrukturfonds wieder auf einem wackligen Fundament steht.

Und nicht nur der Infrastrukturfonds. Im ganzen Verkehr und auch bei der Finanzierung der künftigen Bahninfrastruktur würde eine nicht verkräftbare Lücke entstehen. Eine Mittelkürzung im Verkehr hat direkten Einfluss auf Wachstum und Wohlstand unseres Landes. Ein funktionierendes Bahnnetz zwischen den Städten ist unabdingbar, wenn der Verkehrskollaps vermieden werden soll. Der Städteverband hat deshalb stets dargelegt, dass ZEB 1 und die Erweiterungsmassnahmen mit ZEB 2 ein absolutes Minimalprogramm darstellen.

Der Städteverband fordert deshalb:

- die Einlagen in den **Infrastrukturfonds** für den Agglomerationsverkehr sind massgeblich zu erhöhen
- Teuerung und Mehrwertsteuer für den Infrastrukturfonds sind zudem voll anzurechnen.
- Die **Kürzungsvorgaben** im Rahmen der **Aufgabenüberprüfung** zulasten des Verkehrs sind zu streichen.